**Bezugsgebühr**
vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
**Die Annahme von Ankündigungen**
für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38, u. in den Nebengeschäftsstellen b. Vorm. 8 bis 9 Uhr Abends. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11–½1 Uhr Mittags.
**Anzeigentarif.**
Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pf. Doppelzeile, unterm Strich, Eingesandt 40 Pf. Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 30 Pfg. Für Familiennachrichten 15–20 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Vielschlüsse werd. m. 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß:
**Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.**
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

# Dresdner Nachrichten

43. Jahrgang.

**Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15**
empfiehlt in **grösster** Auswahl:
**Eiserne Oefen** und **Herde, Haus-, Küchen-** und **Landwirthschafts-Geräthe.**

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

(D. R.-P.)
**Thüre zu!**
Vollkommenster, selbstthätiger geräuschloser
**Thürschliesser.**
**80,000 St. im Gebrauch.**
Prospecte gratis u. franco.
**Curt Heinius,**
Königl. Sächs. Hoflieferant,
**Dresden-N.,**
Kurfürstenstr., Ecke Tieckstr.
(Fernsprechamt II, Nr. 2990.)

**Bay-Rum**
elegantes Toilettemittel zur Belebung der Kopfhaut, 1 Flasche 1 Mk. 25 Pf. **China-Haarwasser** gegen Ausfallen der Haare, Flasche 1 Mk. 25 Pf. **Ratanhia-Mundwasser** zur Conservirung der Zähne, Flasche 1 Mk.
Prompter Versandt nach auswärts. **K. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor**

**Gummischuh-Reparatur!**
Für Händler! ● Für Reparateure!
Gummischuhen Sohlenplatten Ia. Para-Lösung roth u. schwarz glatt u. gerippt Ia. Fleckplatten complet zusammengestellt, auch einzeln mit Gebrauchs-Anweisung billigst bei
**Reinhardt Leupolt,** Gummi-Fabrik, **Dresden-A.**

**Tuchwaaren.**
Lager hochfeiner deutscher und englischer eleganter Anzug-, Hosen- und Paletotstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen.
**Hermann Pörschel, Scheffelstr. 19.**

**Lodenjoppen, Lodenmäntel, Lederjoppen, Lederwesten**
empfiehlt als praktische Weihnachtsgeschenke **Jos. Fiechtl** aus **Tirol, Schlossstrasse 23,** part. und I. Etage.

**Nr. 353. Spiegel:** Aggressives Vorgehen Amerikas. Hofnachrichten, Staatsbahnen, Chemisches Untersuchungsamt. Winter und Weihnachten, Weihnachtstischen, Gerichtsverhandlungen. | Muthmaßl. Witterung: Ruhig, Frost. | **Freitag, 23. Dezember 1898.**

## Die geehrten Postabonnenten

werden dringend ersucht, die

## Erneuerung des Abonnements

bei den betreffenden Postämtern umgehend vorzunehmen, damit am 1. Januar in der Zustellung des Blattes keine Unterbrechung eintritt. Da die Post nur die von den einzelnen Postämtern ihr aufgegebenen Exemplare zur Uebermittelung an die Abonnenten von uns annimmt, so sind wir nicht in der Lage, die durch verspätete Erneuerung des Abonnements eingetretene Unterbrechung zu verhindern.

### Politisches.

Fürst Bismarck hat einmal erklärt, für ihn stehe in vorderster Linie immer die Rücksicht auf die äußere Politik. Wie Recht der Altreichskanzler mit diesem Ausspruch hatte, wie sehr seine darin kundgegebene Auffassung noch heute für unsere politischen Verhältnisse maßgebend ist und allem Anschein nach noch auf lange Zeit hinaus unveränderlich bleiben wird, beweisen die jüngsten Vorgänge auf handelspolitischem Gebiet. Soweit dabei das zwischen Frankreich und Italien abgeschlossene Handelsübereinkommen in Frage steht, dürfen wir uns einem unbeeinträchtigten Gefühl der Genugthuung darüber hingeben, daß zwischen den beiden Nationen endlich eine Spannung beseitigt worden ist, die in gewisser Beziehung doch auch ihre bedenkliche politische Seite vom Standpunkte der Dreibundsinteressen hatte. Auch die wirthschaftliche Annäherung, die sich augenscheinlich zwischen Rußland und England vollzogen hat und durch die warme Betonung der neugefestigten englisch-russischen Beziehungen durch den russischen Finanzkommissar Tatitschew auf einem Festmahle in London gewissermaßen offiziell bekräftigt worden ist, richtet sich in keiner Weise gegen Deutschland. Herr Tatitschew kleidete nämlich seine Versicherung, daß auch die englischen handelspolitischen Wünsche von russischer Seite gewürdigt und berücksichtigt werden sollten, in die ausdrückliche Erklärung, daß dies nach dem Abschluß eines neuen deutsch-russischen Handelsvertrags geschehen werde, der die „Grundlage der Handelsbeziehungen Rußlands mit den europäischen Staaten" zu bilden bestimmt sei.

Von einer anderen Richtung her sieht aber Gewölk herauf, nach den letzten Vorgängen in Washington zu schließen, überall man dort alles Ernstes den wirthschaftlichen Krieg mit dem Deutschen Reiche vorzubereiten. Im Senat ist eine Resolution eingebracht worden, die erklärt, daß „die Aufmerksamkeit des amerikanischen Volkes auf die Thatsache gelenkt worden sei, daß die Gesetzgebung des Deutschen Reiches darauf ausgehe, die Einfuhr amerikanischer Wurst und anderer Fleischprodukte zu verbieten". Die Resolution weist den Ackerbau-Ausschuß an, sich eingehend mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen und, wenn ein bezüglicher Entwurf in Deutschland Gesetz werde, sofort eine Bill zu unterbreiten, durch die eine Untersuchung von Zucker, Fleisch, Wein und anderen Nahrungsmitteln, die aus Deutschland kommen, angeordnet wird. Eine gleichzeitig im Repräsentantenhause eingebrachte Bill enthält eine Bestimmung, die den Ackerbau-Sekretär ermächtigt, Einfuhrartikel, die für gesundheitsgefährlich erachtet werden, einer Untersuchung zu unterwerfen und diejenigen Artikel auszuschließen, die im Ausschußberichte als gefälscht oder sonstwie gesundheitsgefährlich bezeichnet sind.

Das ist zweifellos eine wirthschaftliche Kriegsdrohung gegen Deutschland in aller Form, auf deren rücksichtslose Ausführung man diesseits bei dem rabiaten Charakter der Amerikaner gefaßt sein muß, sofern Deutschland nicht etwa vorziehen sollte, die Voraussetzung des amerikanischen Vorgehens zu beseitigen. Die nächste Frage ist also: „Kann die deutsche Reichsregierung die der amerikanischen Fleischeinfuhr gegenüber getroffenen sanitären Maßregeln aus Rücksichten auf den handelspolitischen Frieden mit den Vereinigten Staaten möglicher Weise rückgängig machen?" Herr Richter und Genossen sind mit der Antwort schnell bei der Hand. Die „Freis. Ztg." stellt mit breitem höhnischem Behagen fest, daß die Haltung der deutschen Regierung gegenüber den amerikanischen Fleischprodukten „auf den Einfluß der Agrarier" zurückzuführen sei, und weidet sich an der schwierigen Lage, in der sich die Regierung jetzt befindet. Von Herrn Richter und seinen Leuten kann man ja füglich nichts Anderes erwarten. Um so ernster und gründlicher müssen die einschlägigen Gesichtspunkte von allen aufrichtigen Vertretern der nationalen und wirthschaftlichen Interessen unseres Volkes geprüft und gewürdigt werden, da es sich hier um Entschließungen von folgenschwerer Tragweite handelt, wie aus dem statistischen Nachweise erhellt, daß Deutschland im Vorjahre nach den Vereinigten Staaten u. A. ausführte Zucker für 67 Millionen Mark, Wein für 9½ Millionen, Textil- und Konfektionswaaren für 110 Millionen Mark.

Ganz gewiß wird kein einsichtiger deutscher Patriot leichten Herzens einen Zollkrieg mit einem Lande empfehlen, mit dem uns so zahlreiche verkehrspolitische Beziehungen verbinden. Deutschland wird deshalb auch nach wie vor zu jedem Entgegenkommen gern bereit sein, das sich nur irgend mit seinen realen Interessen und seiner nationalen Würde verträgt. Zu den Opfern dieser Art, die eventuell im Interesse des wirthschaftspolitischen Friedens mit Amerika gebracht werden könnten, gehört aber keinesfalls die Preisgebung der sanitätspolizeilichen Vorschriften gegenüber der amerikanischen Fleischeinfuhr. Diese Vorschriften sind ausschließlich im gesundheitlichen Interesse der deutschen Konsumenten erlassen worden und beruhen auch nicht im Entferntesten auf irgend welcher Animosität gegen die Vereinigten Staaten oder auf einer aus innerpolitischen Gründen entsprungenen Nachgiebigkeit gegen „agrarische" Wünsche. Fortgesetzt sind in amerikanischen Fleischwaaren Trichinen gefunden worden, und alle Vorstellungen von Berlin aus haben nichts genützt. Schließlich ist zwar von der amerikanischen Regierung eine gewisse Kontrole zugefügt, aber so nachlässig ausgeführt worden, daß sogar mit Beschauzeugniß versehene Fleischsendungen mehrfach beschlagnahmt werden mußten. Und nun soll die deutsche Regierung, um den ganz ungerechtfertigten Zorn der Yankees zu besänftigen, die von ihr angeordneten Untersuchungsmaßnahmen rückgängig machen und damit die Gesundheit der deutschen Konsumenten der schwersten Schädigung preisgeben zu Gunsten der amerikanischen Großhändler? Das ist gleichmäßig unmöglich aus nationalen, wirthschaftlichen und ethischen Gründen. Wenn daher aus diesem Anlaß uns von den Amerikanern der wirthschaftliche Krieg thatsächlich aufgenöthigt werden sollte, so wären wir der allein provozirte Theil und könnten deshalb den Kampf mit der ganzen moralischen Energie führen, die das Bewußtsein des guten Rechts verleiht. Für verschiedene wichtige Ausfuhrartikel Amerikas ist Deutschland der fast alleinige Abnehmer, kann also im Falle eines Zollkrieges auch seinerseits dem amerikanischen Handelsverkehr empfindliche Wunden schlagen. Hoffentlich überlegen sich die Herren in Washington die Sache noch zwei Mal, ehe sie die Zunge ablecken lassen.

Das aggressive Vorgehen der gesetzgebenden Körperschaften in Washington erscheint in seiner Schärfe noch verletzender, wenn man den Umstand in Erwägung zieht, daß die Zollkriegs-Resolutionen gerade in dem Augenblicke gefaßt worden sind, wo der deutsche Botschafter, Herr v. Holleben, mit neuen Instruktionen für handelspolitische Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Berlin nach Washington zurückgekehrt ist. Dem Vernehmen nach beziehen sich die deutschen Forderungen auf Zollermäßigungen für Zucker, Wein und Textilwaaren, unter theilweiser Berufung auf die im Mai dieses Jahres von Amerika an Frankreich gewährten Vergünstigungen, die nach der bestehenden Rechtslage ohne Weiteres auch Deutschland zu Gute kommen müßten, von Amerika aber bisher Deutschland gegenüber beharrlich verweigert worden sind. Deutschland ist im Punkte der Meistbegünstigung Amerika gegenüber von jeher mit der äußersten Loyalität verfahren. Die amerikanischen Erzeugnisse genießen bei der Einfuhr in Deutschland unbeschränkte Meistbegünstigung, es werden ihnen daher alle Vergünstigungen des deutschen Vertragstarifs zu Theil. Durch diese Vergünstigungen erspart die amerikanische Einfuhr nach Deutschland alljährlich viele Millionen Mark, während bei der 9prozentigen Ermäßigung, die der amerikanische Tarif unter Umständen gestattet und die Frankreich gewährt worden ist, die Ersparniß für die deutsche Einfuhr nach den Vereinigten Staaten nur nach Hunderttausenden zählt. Trotzdem weigern sich die Amerikaner hartnäckig gegen das billige deutsche Verlangen, daß Amerika dem Deutschen Reiche die Meistbegünstigung ebenso zugestehen soll, wie das Deutsche Reich es gegenüber den Vereinigten Staaten mit peinlichster Gewissenhaftigkeit thut. In Washington will man nicht, wie es Deutschland mit Bezug auf die amerikanischen Erzeugnisse thut, der deutschen Einfuhr die Meistbegünstigung ohne Weiteres bewilligen, sondern nur unter der Bedingung, daß Deutschland dafür jedes Mal besondere Zugeständnisse feilbietet. Wenn also ein in Deutschland von einem fremden Staate eingeführter Artikel besondere Ermäßigungen bewilligt erhält, so kommen diese dem gleichen amerikanischen Erzeugniß ohne Weiteres bei der Einfuhr in Deutschland zu Gute, wenn aber Amerika beispielsweise die Einfuhr französischer Weine verbilligt, so gewährt es diese Vergünstigung der deutschen Weineinfuhr nicht ebenfalls ohne Weiteres, sondern verlangt dafür von Deutschland eine Extraleistung. Das ist ganz vertragswidrig und erscheint geradezu als eine Verhöhnung der deutschen Wirthschaftspolitik und der nationalen Würde des Deutschen Reiches. Was für ein Höllenspektakel würde wohl drüben jenseits des großen Wassers entfesselt werden, wenn Deutschland etwas Aehnliches in Washington auch nur anzudeuten wagte! Wir werden uns hoffentlich auch jetzt zu keinen unnöthigen Reizungen der amerikanischen Empfindlichkeit hinreißen lassen, in jedem Falle aber dafür sorgen, daß unsere Interessen und unser nationales Ansehen den Vereinigten Staaten gegenüber nicht zu Schaden kommen. Wir brauchen eine feste zielbewußte nationale Parteipolitik, die im Geiste des Fürsten Bismarck mit aller Energie die Regierung unterstützt, damit sie die großen Aufgaben, die uns auf nationalwirthschaftlichem Gebiete in der nächsten Zukunft bevorstehen, ungehindert durch innerpolitische Zerfahrenheit und Zersplitterung, in stetiger aufbauender Arbeit zu lösen vermag, die aber gleichzeitig auch im Stande ist, der Regierung einen Schwung nach oben zu geben, falls diese einmal wider Erwarten sich mit dem allgemeinen nationalen Empfinden gegenüber allzu dreisten Zumuthungen des Auslands in Widerspruch setzen sollte.

### Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 22. Dezember.

**Berlin.** Zur Auftrage des Kaisers begiebt sich dessen Flügeladjutant von Lyncker nach England, um den Kaiser bei der Beisetzung des Lord Napier of Ettrick zu vertreten. — Der „Staatsanz." publizirt die Ernennung des Oberpräsidenten Magdeburg zu Kassel zum Chefpräsidenten der Oberrechnungskammer. — Der herzoglich ratibor'sche Kammerdirektor von Gehren zu Schloß Ratibor erhielt das Ritterkreuz 1. Klasse des Sächsischen Albrechtsordens, Bürgermeister Reuner zu Zossen das Ritterkreuz 2. Klasse desselben Ordens. — Die Berliner Universität hielt heute eine Bismarck-Gedenkfeier ab, welcher unter anderen höheren Beamten auch der Staatssekretär Graf Posadowsky beiwohnte. Die Festrede hielt Prof. Dr. Lenz. — Das preußische Staatsministerium hielt heute unter Vorsitz des Finanzministers Miquel eine Sitzung ab, in welcher über Vorschläge wegen Beförderungen und Auszeichnungen beim Jahreswechsel Beschluß gefaßt wurde. — Hiesige industrielle und gewerbliche Vereine treten demnächst über eine Petition gegen die Ausweisungen aus Schleswig-Holstein in Berathung.

**Berlin.** Der „Kreuzztg." wird aus Rom geschrieben: In den an der Anarchisten-Konferenz betheiligten Kreisen ist man der Ueberzeugung, daß die Konferenz ihren Zweck erfüllt hat und daß sich an ihre Ergebnisse praktische Maßnahmen, um das anarchistische Verbrecherthum an der Verübung von Freveltaten verhindern zu können, anschließen werden. Wenn Zweifel in dieser Beziehung erwacht sind, so mögen sie darin ihren Grund haben, daß die Meinung darüber auseinanderging, ob die Konferenz selbst die Ergebnisse ihrer Berathungen in einem von ihr zu fassenden Beschlusse niederlegen solle, oder ob diese Ergebnisse von den Vertretern der Mächte ad referendum genommen werden sollen, damit die Regierungen selbst endgültige Beschlüsse fassen. Wahrscheinlich dürfte letzterer Weg beschritten werden.

**Wien.** Gegen den Unterrichtsminister wird wegen der Verunstaltung des Truppaner czechischen Privatgymnasiums von der rechtskräftigen Genehmigung des Staatsvoranschlags Ministeranklage erhoben werden.

**Gorizia.** Der hiesige deutsche Volksverein ist behördlich aufgelöst worden.

**Pest.** Abgeordnetenhaus. Abg. Pichler (Unabhängigkeitsp.) richtete eine Interpellation an den Ministerpräsidenten Baron Banffy darüber, ob ihm bekannt sei, daß in Pilisgos die rumänischen Bewohner der Umgegend eine Versammlung abhalten und eine Adresse an den König absenden wollten, und daß sie, als die Versammlung verboten wurde, sich an Dr. Lueger in Wien wandten, damit er die Adresse überreiche. Pichler sagte, was der Ministerpräsident gegen die Rumänen und gegen Lueger, der sich erbötig machte, die Adresse zu überreichen, zu thun gedenke. Im Laufe seiner Rede nannte Pichler den Dr. Lueger einen niederträchtigen Menschen und entgegnete, als ihn der Alterspräsident ermahnte, derartige Ausdrücke nicht zu gebrauchen, er wiederhole nur die Worte, welche Lueger im österreichischen Parlament gegen Ungarn ungestraft gebraucht habe.

**Paris.** Am Schlusse des heutigen Ministerrathes erstattete der Justizminister Bericht über seine Besprechung mit dem Präsidenten der Kriminalkammer des Kassationshofes über die Garantieen, von denen die Mittheilung des geheimen Dossiers in Sachen Dreyfus abhängig gemacht werden müsse. Es wird versichert, daß ein Einverständniß fast erzielt sei und daß die Mittheilung des Dossiers demnächst bevorstehe. Der Präsident des Kassationshofes richtete an den Justizminister die Anfrage, ob Dupuy eine Schwierigkeit darin sehe, vom Kassationshof vernommen zu werden. Dupuy willigte in die Vernehmung und heute Abend wird dem Präsidenten Faure ein Dekret unterbreitet, welches Dupuy die nothwendige Ermächtigung giebt. Die Mitglieder des Kassationshofes werden dem Gebrauche gemäß nach dem Ministerium des Innern sich begeben und daselbst die Aussage Dupuy's entgegen nehmen.

**Paris.** Die Deputirtenkammer nahm mit 555 gegen 21 Stimmen zwei provisorische Zwölftel an und genehmigte einstimmig und debattelos einen Kredit von 60 Millionen Francs für die Vervollständigung des Kriegsmaterials ꝛc. im Jahre 1899. Dann begann die Kammer die Berathung des Handelsabkommens mit Italien.

**Paris.** Das Jahr 1898 wird nach einer Mittheilung des Finanzministers mit einem Haushaltsüberschuß von 60,000,000 Frcs. schließen. — Vor dem Schwurgericht begann heute der Prozeß, den der frühere Justizminister Trarieux gegen die Mitarbeiterin der „Libre parole" Madame Gyp wegen Verleumdung angestrengt hat. Labori vertritt die Interessen Trarieux', welcher eine Entschädigung von 15,000 Frcs. verlangt. Zu dem Artikel war bemerkt worden, Trarieux sei wegen einer reichen Heirath zum Protestantismus übergetreten.

**Madrid.** Montero Rios theilte Sagasta mit, Agoncillo habe als Vertreter der Aufständischen auf den Philippinen bei der Friedenskonferenz gegen die Annektion durch die Vereinigten Staaten Protest erhoben. — Die Nachricht, Don Carlos sei es gelungen, in England eine Anleihe aufzunehmen, wird als unrichtig bezeichnet. Die Blätter behaupten indeß, die carlistischen Bewegungen dauern in mehreren Provinzen fort. In Morella wurden einige Verhaftungen vorgenommen.

**New-York.** Einer Meldung aus Colon zufolge landete der Vicepräsident von Columbien, Marroquin, und der Senator Zubieta aus Bogota ein Telegramm, in welchem sie die Nachricht, der Kongreß Columbiens wurde eine Verlängerung der Frist für die Vollendung des Panamakanals bewilligen, bestätigen. — Drei Regimenter reguläre Infanterie erhielten Befehl, sich über Suez nach Manila zu begeben, um die dort befindlichen Freiwilligen vor dem 28. Februar 1899 hier einschiffen. Die Regimenter werden sich am 15. Januar 1899 hier einschiffen.

Die **Berliner Börse** bot heute ein lebhafteres Bild bei meist gebesserten Kursen infolge der thatsächlichen Erleichterung des Geldstandes und der günstigen Meldungen von auswärts. Die bisher geherrschten Befürchtungen wegen des Ultimos schwinden allmählich, und auch in der Provinz regt sich wieder größere Unternehmungslust, die in namhaften Kaufordres zum Ausdruck kommt. Banken setzten durchweg höher ein und konnten sich bei lebhafter Nachfrage später noch weiter befestigen. Von Bahnen Lübeck-Büchener bevorzugt, von fremden Bahnen waren Schweizer Centralbahn und Northern-Pacific höher. Bergwerke belebt und meist fest, nur Gelsenkirchener matt auf niedrige Dividendenschätzung. Von Renten Italiener fest auf Paris. Die Börse schloß etwas schwächer auf übermorgige Geldversteifung. Ultimogeld 7% bis 7½.

Meine Frau sagt:
**Triumph-Seife**
ist doch die beste für Wäsche und Haushalt.